

## Jahresbericht 2015 Verein PPP Schweiz

### Inhaltsübersicht

1.	Vorwort des Präsidenten	4
2.	Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz im Jahr 2015	5
2.1.	PPP-Geschäfte beim Bund	5
2.2.	PPP im eidgenössischen Parlament	6
2.3.	Erfahrungen mit dem PPP-Pilotprojekt „Neumatt“ in Burgdorf	7
2.4.	PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden	7
2.5.	Weitere vom Verein verfolgte PPP-Themen	10
2.6.	Wissenschaftliche Arbeiten	11
3.	Weitere Aktivitäten des Vereins	12
3.1.	Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst	12
3.2.	Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform	14
3.3.	Newsletter	14
3.4.	Anfragen an den Verein	14
3.5.	PPP in den Medien	15
3.6.	Referate zu PPP	16
3.7.	Kooperationen des Vereins	16
4.	Mitglieder und Finanzen	17
4.1.	Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung	17
4.2.	Finanzen	17
5.	Organe des Vereins, Experten und Fachgruppen	18
6.	Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen	22
7.	Ausblick auf das Jahr 2016	23

## 1. Vorwort des Präsidenten

Der Rückblick auf das abgelaufene Jahr stimmt bezüglich der Entwicklung der öffentlich-privaten Partnerschaften nach dem PPP-Modell in der Schweiz verhalten optimistisch: Die Betriebserfahrungen während dreier Jahre mit dem PPP-Pilotprojekt des kantonalen Verwaltungszentrums „Neumatt“ in Burgdorf sind positiv, die Nutzer sehr zufrieden. Der Beweis ist erbracht, dass das Modell auch in der Schweiz erfolgreich umgesetzt werden kann. Neue PPP-Vorhaben vor allem in der Westschweiz und im Tessin stehen vor der Umsetzung und mit der Genfer Seequerung wird ein grosses kantonales ja möglicherweise nationales Verkehrsinfrastrukturprojekt diskutiert.

In Gesprächen und Diskussionen mit den öffentlichen Händen ist deutlich spürbar, dass die günstigen Finanzierungskosten der öffentlichen Hand im heutigen Umfeld das Hauptargument sind, um sich nicht ernsthaft auf das PPP-Modell einzulassen. Der Verein hat jedoch aufgezeigt, dass für PPP-Projekte nicht zwingend eine rein private Finanzierung erforderlich ist, sondern integrierte Modelle denkbar sind.

Die übrigen Eckwerte von Hochbauvorhaben nach dem internationalen PPP-Modell dagegen haben sich nicht verändert. Dabei steht die Wirtschaftlichkeitsrechnung mit dem Lebenszyklusansatz weiterhin im Mittelpunkt. Aber auch eine optimale Risikoverteilung zwischen öffentlichem und privaten Partnern auf der Basis einer umfassenden Risikoallokation über den ganzen Lebenszyklus hinweg ist unverzichtbar. Dabei übernimmt jeder Partner diejenigen Risiken, die er am besten beeinflussen kann. Wichtig ist auch, dass der Beschaffungsgegenstand von der öffentlichen Hand früh funktional ausgeschrieben wird. Sie ist gehalten, die Umsetzung aber den Anbietern möglichst offen zu lassen. Leistungs- und anreizorientierte Vergütungsmechanismen wie eine Bonus-/Malusregelung sorgen für den Ansporn der beteiligten privaten Partner.

Diese Eckwerte sind ohne eine partnerschaftliche Kultur bei der Abwicklung unvollständig. Nur mit dem Bestreben sowohl des öffentlichen wie auch der privaten Partner, die anstehende Aufgabe bestmöglich gemeinsam zu erfüllen, wird sich Erfolg einstellen. Die Qualität in Planung und Durchführung ist dabei selbstredend. Nur bei qualitativ einwandfreier Abwicklung eines PPP können die damit verbundenen Ziele gesichert und Projektrisiken vermieden werden. Dazu gehört auch die Orientierung oder zumindest Anlehnung an Standards und Erfahrungen zur Vermeidung unnötiger Fehler. Transparente Prozesse, insbesondere ein belastbarer Wirtschaftlichkeitsvergleich, welcher die Vorteilhaftigkeit des Ansatzes über den Lebenszyklus bestmöglich abbildet, unterscheidet das PPP-Modell in vielen Fällen von der konventionellen Umsetzung. Dabei ist ein Umdenken aller Beteiligten erforderlich, was bislang manche auch davon abgehalten haben mag, neue Umsetzungswege zu beschreiten. Dass das PPP-Modell alle rechtsstaatlichen Anforderungen, insbesondere in den Bereichen Beschaffungsrecht und Finanzhaushaltsrecht, erfüllen muss, ist selbstverständlich.

Ich danke allen Mitgliedern des Vorstands und des Expertennetzwerks für ihren grossen Einsatz und ihre Mitarbeit. Den Vereinsmitgliedern danke ich herzlich für ihre Unterstützung und ihre wertvolle Treue zum Verein.



Lorenz Bösch, Präsident

## 2. Schwerpunkte des PPP-Modells in der Schweiz im Jahr 2015

### 2.1. PPP-Geschäfte beim Bund

Zu Beginn des Jahres 2015 wurde bekannt, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle sich mit der Frage der Public Private Partnerships (PPP) und deren allfälligen Risiken beschäftigen werde. Nach Kontakten seitens des Vereins erhielt dieser Gelegenheit, das PPP-Modell und Erfahrungen mit demselben aus der Praxis durch Experten darstellen zu können. Lorenz Bösch als Vereinspräsident wies in seiner Präsentation der zentralen Merkmale des PPP-Modells darauf hin, dass der Anstoss für eine öffentlich-private Partnerschaft von der öffentlichen Hand kommen müsse. Da diese zum Zeitpunkt der Vergabe eines Projektes klare Vorstellung vom Bedarf, der Funktion, dem Standard und der Nutzung während des Lebenszyklus eines Vorhabens haben müsse und sich über die damit verbundenen Risiken bewusst sein sollte, ruft der Einsatz des PPP-Modells nach einem gegenüber der klassischen Beschaffung veränderten Planungsprozess, der die vorgenannten Grundfragen in den Mittelpunkt stellt. Dr. Urs Bolz als Präsident des Expertennetzwerks thematisierte die aktuellen Veränderungen des Umfelds öffentlicher Aufgaben und ihre Konsequenzen auf öffentlich-private Partnerschaften und wies darauf hin, dass sich das PPP-Modell innerhalb der letzten 15 Jahre stark verändert habe. Man habe hinzugelernt, Erfahrungen genutzt und weitergegeben. Vor dem Hintergrund der ersten Betriebserfahrungen, die mit dem PPP-Pilotprojekt „Neumatt“ in Burgdorf gewonnen werden konnten, bezeichnete er PPP als ein Mittel zur Stärkung der Kostendisziplin, das weder die Vorgaben für die Rechnungen der öffentlichen Haushalte umgehen noch die politische Willensbildung aushebeln könne.

Schwere Cyber-Attacken bedrohen grundsätzlich die ganze digitalisierte Wirtschaft und Verwaltung der Schweiz. Vor diesem Hintergrund sind der Bund und der Verein „Swiss Cyber Experts“ eine Public Private Partnership eingegangen. Mit der vom Bundesrat verabschiedeten „Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS)“ sollen in Zusammenarbeit mit Behörden, Wirtschaft und den Betreibern kritischer Infrastrukturen die Cyber-Risiken minimiert werden. In den 16 Massnahmen zur Umsetzung der NCS ist unter anderem enthalten, dass mittels systematischer Zusammenarbeit mit relevanten IKT-Leistungserbringern und Systemlieferanten zusätzliche Fähigkeiten und Kapazitäten aufgebaut werden sollen. Zur Umsetzung gründeten die Melde- und Analysestelle Informationssicherung des Bundes und der Verein „Swiss Cyber Experts“ eine öffentlich-private Partnerschaft. Diese hat zum Ziel, im Falle schwerer Cyber-Übergriffe den Geschädigten dank gebündeltem Expertenwissen effizient eine Diagnose zu liefern.

Die Armee hat früher Geschäftsfelder fallweise auf der Basis der „Kooperationsstrategie VBS“ aus dem Jahre 2010 geprüft und dabei Geschäfte identifiziert, welche das Potenzial für mögliche PPP aufweisen. Das Volumen der bis dato umgesetzten Geschäfte sei noch bescheiden und könnte ausgedehnt werden, wurde dem Verein beschieden. Trotzdem wurde in der Zwischenzeit die genannte Kooperationsstrategie als Grundlage ausser Kraft gesetzt.

Die Präsidentin der parlamentarischen Gruppe PPP, Frau Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, hat sich intensiv mit dem Thema „Fahrzeugbeschaffung der Armee“ beschäftigt und bereits 2013 ein Postulat eingereicht, dessen Beantwortung durch den Bundesrat aus ihrer Sicht unbefriedigend ausfiel. Hintergrund des Vorstosses bildete die Tatsache, dass das Thema Flottenmanagement auch auf Intension des Vereins schon mehrfach hinterfragt wurde. Der Bund betreibt eine stattliche Fahrzeugflotte mit rund 1'800 Fahrzeugen des Berufsmilitärs, 86 Repräsentationsfahrzeugen sowie rund 4'000 Verwaltungsfahrzeugen. Bei den Fahrzeugen des Berufsmilitärs wird ein Fuhrparkmanagement betrieben, nicht so aber bei jenen für die Verwaltung. Dies erstaunt angesichts der Erfahrungen anderer grosser Flottenbetreiber wie der Post oder der Carsharing-Genossenschaft Mobility. Auch ein Blick über die Grenzen löst Erstaunen aus: Die deutsche Bundeswehr wird durch ein Flottenmanagement effizient mit Mobilität versorgt. Deren Experten kamen zum Schluss, ein Mobilitätsmanagement nach dem PPP-Modell würde sich auch für die Schweizer Armee rechnen.

Frau Schneider lancierte daher im Dezember 2014 erneut ein Postulat zum gleichen Thema, das den Bundesrat zu einer wiederum ablehnenden Stellungnahme bewegte. In einem ergänzenden Gespräch betonten Divisionär Hans-Peter Walser, Chef des Armeestabes, und Dr. Bernhard Knechtenhofer, Chef der betriebswirtschaftlichen Steuerung, dass die Armee in den letzten Jahren viel unternommen habe, um den Betrieb effizienter zu gestalten und Kosten einzusparen. Weiteres Potenzial liege nach ihrer Überzeugung im Vertragsmanagement, wo sich mit einer Softwareumstellung zusätzliche Möglichkeiten eröffnen würden. Frau Schneider-Schneiter hat daraufhin beschlossen, das Geschäft nicht weiterzuziehen.

Auch die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren KBOB beschäftigte sich 2015 mit dem PPP-Modell. Das Leitungsgremium der KBOB hat mit Vertretern des Vorstandes von bauenschweiz das Thema Public Private Partnership diskutiert. Dabei waren sich beide Seiten einig, dass neue Zusammenarbeitsformen zwischen der öffentlichen Hand und Privaten dazu beitragen können, Effizienzpotenziale im öffentlichen Immobilienmanagement optimal auszuschöpfen. Gleichzeitig stellte man fest, dass es keine Pauschalösungen gebe und dass die Zusammenarbeitsformen nur dann erfolgreich sein werden, wenn sie zu einer Win-win-Situation führen. Die Mitglieder der KBOB sind offen für eine Anwendung neuer Zusammenarbeitsformen wie PPP, wenn sie sowohl für Auftraggeber wie für Anbieter Gewinne bringen. Daher ist die KBOB daran interessiert, über – in diesem Sinn erfolgreiche – PPP-Projekte informiert zu werden.

Das PPP-Potenzial in den übrigen Verwaltungsbereichen des Bundes ist derzeit weiterhin noch kein Thema.

## 2.2. PPP im eidgenössischen Parlament

Mit einer Interpellation zum Thema „CO2-Reduktion durch Elektromobilität“ hat Frau Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter den Bundesrat unter anderem angefragt, ob er sich vorstellen könne, die für die vermehrte Verbreitung der Elektromobilität erforderlichen Infrastrukturen zusammen mit Partnern der Privatwirtschaft, z.B. im Rahmen eines PPP-Modelles, zu realisieren. Hintergrund dieser Anfrage bilden das Klimaschutzziel des Bundesrats und die dazu führenden Massnahmen. So hat sich zum Beispiel Deutschland zum Ziel gesetzt, dazu beizutragen, dass bis zum Jahr 2020 1 Mio. Elektrofahrzeuge in Betrieb stehen. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung ein Förderprogramm für Elektromobilität mit zunächst 60 Mio. Euro lanciert, von dem öffentliche Verwaltungen bis ins Jahr 2019 profitieren können. In Analogie zu diesen Bestrebungen hat Frau Schneider-Schneiter festgestellt, dass ein stärkeres Bekenntnis zur Elektromobilität durch die Departements- und Amtsleitungen auch in der Schweiz wünschenswert wäre und eine starke Signalwirkung zur Folge hätte. In seiner Antwort hat der Bundesrat festgehalten, dass auch er die Elektromobilität als eine Schlüsseltechnologie zur Erreichung ambitionierter energie- und klimapolitischer Ziele in der Schweiz einstuft und deshalb verschiedene Massnahmen eingeleitet habe. Den Aufbau einer Schnelllade-Infrastruktur für Elektroautos entlang der Nationalstrassen, der in einem Postulat der Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK bereits 2012 gefordert wurde, erachtet der Bundesrat aber nicht als eine öffentliche Aufgabe. Deshalb ist auch für die Umsetzung keine weitergehende Beteiligung des Bundes angedacht (auch nicht im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft). Das Bundesamt für Energie prüft hingegen derzeit, in welcher Form seitens des Bundes die Unterstützung für Koordination und Planung weiterer Ladeinfrastruktur ausserhalb des Nationalstrassennetzes ausgedehnt werden kann.

Die parlamentarische Gruppe für öffentlich-private Partnerschaften PPP hat in der Winter-session 2015 ein weiteres Parlamentariertreffen durchgeführt. Im Mittelpunkt stand dabei das Projekt für eine Autobahnverbindung Schweiz-Frankreich mit der „grande Traversée du Lac Léman“. Die Region „Grand Genève“ ist mit rund 900'000 Einwohnern und 440'000 Arbeitsplätzen eines der grossen Ballungszentren der Schweiz mit täglich 3,8 Mio. Fahrten, über 80% da-

von im motorisierten Individualverkehr. Das untere Genferseebecken gehört daher zu den besonders staugeplagten Regionen der Schweiz. Am diesjährigen Treffen der parlamentarischen Gruppe PPP haben Experten des Kantons Genf den Parlamentarierinnen und Parlamentariern das allenfalls als PPP-Modell realisierbare Projekt einer Seequerung präsentiert, über das der Kanton Genf im Jahr 2016 abstimmen wird.

Nach den eidgenössischen Wahlen hat sich die parlamentarische Gruppe den neu gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern vorgestellt und mögliche neue Mitglieder angesprochen. Die Gruppe umfasste vor den Wahlen insgesamt 27 Mitglieder, von denen 5 nicht zur Wiederwahl antraten oder abgewählt wurden. Nach der internen Präsentation traten 5 neue Mitglieder bei. Somit umfasste die Gruppe zum Ende des Jahres wiederum 27 Damen und Herren.

### 2.3. Erfahrungen mit dem PPP-Pilotprojekt „Neumatt“ in Burgdorf

Das erste nach international gültigen Standards abgewickelte PPP-Vorhaben in der Schweiz – der Bau und Betrieb des kantonalen Verwaltungszentrums „Neumatt“ in Burgdorf – ging 2012 in Betrieb. Das sieben Gebäude umfassende Zentrum wurde in nur knapp zwei Jahren auf dem Areal der früheren Kaserne in Burgdorf erstellt. Bei der Eröffnung bezeichnete Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer den „sorgfältig ausgearbeiteten Vertrag mit dem privaten Partner“ als Schlüssel des Erfolgs. An der Zeughaus PPP AG, dem privaten Partner dieses PPP-Projektes, waren und sind die Marti Holding AG, Bern und die BAM Deutschland AG, Stuttgart beteiligt. Als Betreiber unter Vertrag steht die Hälgi Facility Management AG.

Der Vereinsvorstand hat bereits 2014 beschlossen, die konkreten Erfahrungen mit dem PPP-Modell in Burgdorf aus der Praxis zu sammeln und für künftige Vorhaben auszuwerten und festzuhalten. „Das erste PPP-Projekt der Schweiz hat sich bis heute bestens bewährt.“ Zu diesem Schluss kam Dr. Urs Bolz, Präsident des Expertennetzwerks des Vereins, als Projektleiter des ersten Teils der Ende November 2015 erschienenen Studie, welche die Erkenntnisse aus drei Jahren Betriebserfahrung in einer Broschüre zusammenfasst. Begleitet wird diese durch eine kurze filmische Reportage, welche eine Einführung in das PPP-Modell vermittelt, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure in der Realisierung zeigt und Erkenntnisse aus den ersten drei Betriebsjahren zieht. Broschüre und Film sind beim Verein erhältlich. Dieser wird darüber hinaus die bestehende Fachschrift „Praxisleitfaden Hochbau Schweiz“ 2016 in aktualisierter Form herausgeben.

### 2.4. PPP-Vorhaben in Kantonen und Gemeinden

Das PPP-Modell fand auch 2015 für verschiedene Vorhaben Anwendung oder stand zumindest bzw. steht noch immer zur Debatte. Hier eine unvollständige Übersicht:

Der Schaffung eines Schweizerischen Innovationsparks steht nichts mehr im Weg. Dessen Umsetzung hat aus Sicht vieler eidgenössischer Parlamentarier Modellcharakter für öffentlich-private Partnerschaften. Er ist als Netzwerk geplant und soll dereinst an fünf Standorten angesiedelt werden. Der Bundesrat erachtet die Stärkung von Public Private Partnerships im Bereich von Forschungsinfrastrukturen als prioritär. In Dübendorf ZH, Allschwil BL, Villigen AG, Lausanne und Biel sollen etablierte Firmen aus dem In- und Ausland mit ihren Forschungs- und Entwicklungseinheiten angesiedelt werden. Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, Mitglied der vorberatenden parlamentarischen Kommission und Präsidentin der parlamentarische Gruppe für öffentlich-private Partnerschaften PPP, zeigte sich nach den Beschlussfassungen in den eidgenössischen Räten hoch erfreut: „Der Innovationspark Schweiz hat Modellcharakter für eine Realisierung im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft nach dem PPP-Modell... Die Realisierung durch die Standortkantone, die Privatwirtschaft und die beteiligten Hochschulen bildet die ideale Basis für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und ein am Lebenszyklus dieses Vorhabens orientiertes Umsetzungsmodell.“

Pünktlich zum Jahresbeginn 2015 entstand in Bassersdorf das Buszentrum Glattal, das mit beeindruckenden Merkmalen punkten kann: Mit einer Grundfläche von rund 12'000 Quadratmetern und einem Bauvolumen von 80'000 Kubikmetern ist es heute das grösste private Busdepot im Kanton Zürich und bietet 100 Linien- und 70 Reisebussen Platz. Ausgeführt wurde der Bau im Auftrag der Eurobus Welti-Furrer AG, die im Auftrag der öffentlichen Verkehrsbetriebe 24 Buslinien im Glattal und im Furttal betreibt. Wachstum in mehreren Bereichen hatte das neue Buszentrum nötig gemacht. Die gemeinsamen Interessen der Verkehrsbetriebe Glattal AG, des Zürcher Verkehrsverbunds ZVV und des privaten Betreibers führten zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Diese ist nicht als PPP-Modell im engeren Sinn ausgestaltet, sondern als Mietmodell über 25 Jahre.

Unter dem Titel „Check your Chance“ lancierten das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, die Wirtschaft und sechs Non-Profit-Organisationen den ersten nationalen Dachverein gegen die Jugendarbeitslosigkeit als öffentlich-private Partnerschaft. Der Direktion für Arbeit beim Staatssekretariat für Wirtschaft SECO ist es ein erstrangiges Anliegen, dass möglichst alle Jugendlichen die Chance erhalten, entsprechend ihrer Fähigkeiten und Interessen am Schweizer Arbeitsmarkt mitzuwirken und diesen dadurch auch mitzugestalten: „Die Plattform ‚Check your Chance‘ begleitet Jugendliche auf diesem Weg. Die Zusammenarbeit des Bundes mit der Wirtschaft ist zentral für den Erfolg der Berufsbildung und für die Integration aller Jugendlichen in den Arbeitsmarkt. Daher unterstützt das SECO den neuen Dachverein im Rahmen eines Public Private Partnership“, so Oliver Schärli.

Als alternatives Finanzierungsmodell wird derzeit die angestrebte Elektrifizierung der Hochrhein-Bahnstrecke zwischen Schaffhausen und Basel diskutiert. Nach langem Ringen haben sich die Beteiligten 2015 auf die Grundzüge einer Projektstruktur geeinigt. Peter Füglistaler, Direktor des Bundesamtes für Verkehr BAV und Mitglied des strategischen Organs „Hochrheinelektrifizierung“ (bestehend aus dem BAV, den Kantonen Basel-Stadt und Schaffhausen, den deutschen Landkreisen Waldshut und Lörrach sowie dem Land Baden-Württemberg) hielt dazu fest: „Mit dem gemeinsamen Vorgehen wurde ein grosser Schritt gemacht. Für einen Finanzierungsbeitrag der Schweiz muss das Parlament im Rahmen des nächsten Infrastrukturausbauprogramms die entsprechenden Mittel bewilligen.“ Die Regierungsräte Reto Dubach (Schaffhausen) und Hans-Peter Wessels (Basel-Stadt) betonten: „Der Durchbruch auf der Hochrhein-Strecke ist hocheifrig und kommt den Kantonen Schaffhausen und Basel zugute.“

Die Stadt Zürich bekommt ein automatisches Veloverleihsystem im PPP-Modell. Als privater Partner für Planung, Aufbau, Betrieb und Finanzierung der mindestens 100 Stationen setzte sich in der öffentlichen Ausschreibung, die bereits im Vorjahr lanciert worden war, die Postauto-Tochter „PubliBike“ gegen fünf weitere Bewerber durch. Das Veloverleihsystem soll im Juni 2016 seinen Betrieb aufnehmen und den bisherigen Gratis-Veloverleih „Züri rollt“ ablösen. Das Eigentum an allen aufgebauten Anlagen bleibt beim privaten Partner; nach Ablauf des Vertrags können bzw. müssen sie von der Stadt zurückgenommen bzw. beseitigt werden.

Auch die Stadt Bern plant ein flächendeckendes Veloverleihsystem mit privaten Partnern. Im Gegensatz zu Zürich will die Stadt Bern möglichst viele private Unternehmen ins Boot holen, die ihren Firmenstandort für das Veloverleihsystem zur Verfügung stellen. Für den Betrieb des Netzes soll jedoch ebenfalls ein Gesamtdienstleister gefunden werden, der das Kosten- und Ertragsrisiko trägt. Zwingende Vorgabe für den künftigen Gesamtdienstleister ist die berufliche und soziale Integration ausbildungs- und arbeitsloser Menschen. Der Auftrag wurde im Sommer 2015 öffentlich ausgeschrieben.

Luzerns Kulturleben steht vor einem grossen Schritt. Mit der Erneuerung der Infrastruktur des Luzerner Theaters und der dabei geplanten Realisierung einer „Salle Modulable“ wollen Kanton und Stadt Luzern zusammen mit einer privaten Stiftung Luzern als Kulturstandort in den nächsten Jahren weiterentwickeln. Realisiert werden soll die „Neue Theater Infrastruktur“ NTI im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft.

Im Zuge der strategischen Entwicklung der Stadt und der Region plant die Stadt Lugano ein Sport- und Event-Zentrum im „Neuen Quartier Cornaredo“. Dieses soll aus einer Stadion-Arena und einer Sporthalle bestehen sowie Gewerbe-, Dienstleistungs- und Wohnnutzungen beinhalten. Insbesondere das Event-Zentrum soll kantonale, nationale aber auch internationale Bedeutung erlangen. Bau und Betrieb sollen im Rahmen einer PPP realisiert werden. Dazu plant die Stadt einen zweistufigen öffentlichen Wettbewerb mit Präqualifikation.

In Yverdon-les-Bains wurden die Vorarbeiten für die Realisierung eines seit Jahrzehnten diskutierten Parkhauses am Bahnhof nach dem PPP-Modell vorübergehend eingefroren, sollen aber 2016 mit der Suche nach einem privaten Partner für die Finanzierung, den Bau und den Betrieb des Parkings fortgesetzt werden. Das Projekt ist Teil der Sanierung der städtebaulich wichtigen Place d'Armes.

Das „Institut de radiologie du Jura bernois“ ist am 4. Juni 2015 offiziell eingeweiht worden. Das neue Institut mit Sitz in den bestehenden Spitalräumlichkeiten in St. Imier entstand als Public Private Partnership zwischen dem Hôpital du Jura bernois HJB und der Schweizer Privatklinikgruppe Genolier Swiss Medical Network SA. Die technische Ausstattung des Radiologie-Instituts besteht aus Equipment der neusten Generation, inklusive dem ersten Magnetresonanztomographen im Berner Jura. Eine Ausweitung der Kooperation auf den zweiten HJB-Standort Moutier wird in Betracht gezogen.

Das PPP-Projekt Sportzentrum im Greyerzerland, das die Planung, den Bau und den Betrieb eines interkommunalen Sportzentrums im PPP-Modell umfasst, ist derzeit durch einen Rekurs eines in der Ausschreibung unterlegenen Konsortiums blockiert. In La Tour-de-Trême soll nach dem Willen von 24 Gemeinden des Bezirks La Gruyère neu das Centre sportif régional de la Gruyère entstehen. Das Vorhaben umfasst eine Eisbahn, drei Pools und eine Doppelturnhalle und muss noch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vorgelegt werden. Die Projektverantwortlichen sehen im Rekurs keine Gefahr für das Regionalsportzentrum, sondern nur eine Verzögerung um einige Monate.

Das als öffentlich-private Partnerschaft konzipierte Puschlaver Holzkompetenzzentrum Centro Tecnologico del Legno CTL ist eröffnet. Das neue Weiterbildungszentrum für Holzfachleute für die italienischsprachigen Landesteile der Schweiz und der Region Lombardei wird als Aktiengesellschaft von einer internationalen Trägerschaft geführt. Im Fokus steht die praxisbasierende Weiterbildung von handlungskompetenten Berufsleuten in der gesamten Holzverarbeitungskette inklusive Innendekoration. Eine Ausweitung in andere handwerkliche Berufe sowie kaufmännische und betriebswirtschaftliche Fachgebiete ist geplant. Das CTL ist eine nicht-gewinnorientierte Aktiengesellschaft mit privater Trägerschaft und profitiert von einer Anschubfinanzierung durch den Bund sowie durch den Kanton Graubünden, wobei ein Grossteil dieser Finanzierung als zinsloses Darlehen über 20 Jahre wieder zurückbezahlt werden muss. Die Gemeinde Poschiavo beteiligt sich mit leistungsabhängigen Zuschüssen in der Initialphase. Operationell muss sich das CTL ohne Subventionen selbst finanzieren.

Die Fortsetzung der Gotthard-Neat mit einer direkten Bahnverbindung von Lugano nach Mailand geniesst in der Schweiz wie in Italien nur untergeordnete Priorität. Dabei käme dem Ausbau der Bahn als echter Alternative zu den notorisch verstopften Tessiner Strassen höchste Priorität zu. Daher prüft ein schweizerisch-italienisches Komitee um Remigio Ratti, ehemaliger Tessiner Nationalrat und emeritierter Professor für Regionalwissenschaften an der Universität Freiburg, ob sich zwischen Lugano und Mailand über einen gemischtwirtschaftlichen Ansatz zusätzliche Kapazitäten auf der Schiene schaffen lassen.

In Köniz besteht seit längerem der Wunsch nach einem Fussballstadion. Gemeinsam mit den Verantwortlichen des FC Köniz liess die Gemeinde nun eine Machbarkeitsstudie erstellen. Ein geeigneter Standort scheint vorhanden, die Kosten für die Realisierung sind aber noch nicht ermittelt. Die Gemeinde erwägt eine öffentlich-private Partnerschaft, um das Vorhaben realisieren zu können.

In Opfikon steht ein Dienstleistungs-PPP zur Debatte für den Betrieb des Seniorenzentrums Bubenholz. Das Zentrum soll 59 hindernisfreie Wohnungen, ein Pflegewohnhaus mit 43 Betten sowie ein öffentliches Bistro umfassen. Das Zentrum befindet sich im Bau und soll im Rahmen eines PPP mit der Stadt Opfikon betrieben werden.

## 2.5. Weitere vom Verein verfolgte PPP-Themen

### PPP-Weiterbildung für Verwaltungen

Die Weiterbildung für Verwaltungen wurde 2015 weitergeführt, einmal mehr in Paudex. Der für Zürich geplante Anlass fand mangels Interesse nicht statt. Bei der halbtägigen Veranstaltung in der Romandie waren sechs Interessenten zugegen, die sich wiederum sehr lobend zum Anlass und den beteiligten Referenten äusserten.

Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei den Referenten Serge Y. Bodart, Jean-Hugues Busslinger und Ansgar Kauf und beim Centre Patronal, das uns erneut Gastrecht gewährte.

Die mit dem PPP-Pilot „Neumatt“ in Burgdorf gemachten Betriebserfahrungen werden aufgearbeitet und in Weiterbildungsveranstaltungen öffentlich zugänglich gemacht.

### PPP-Weiterbildungen Dritter

„Bau und Wissen“, das Forum für Wissenstransfer in der Baubranche, hat den Verein auf eine Weiterbildungskooperation angesprochen und beabsichtigt, 2016 eine eintägige Veranstaltung für in der Baupraxis tätige Hochschulabsolventen, insbesondere für Architekten, Ingenieure und Bauherren, durchzuführen. Dabei spielen die Betriebserfahrungen mit dem PPP-Pilot Neumatt eine wichtige Rolle. Die Veranstaltung wird auf der Wissensplattform des Vereins ausgeschrieben.

### Master-Projektarbeit Baukostenüberschreitungen

Den Verein beschäftigt nach wie vor die Frage, welche Fehler im öffentlichen Bau begangen werden und wurden, die letztlich – trotz bestens bekannter Risiken – zu Baukostenüberschreitungen führen. Er hat zu diesem Zweck verschiedentlich versucht, Abklärungen über Hochschulen zu initiieren, die allerdings an der Finanzierung gescheitert sind. Prof. Dr. Brian Adey, Vorstandsmitglied des Vereins, hat nun Frau Emma Puntel, Studentin am Institut für Bau- und Infrastrukturmanagement der ETH Zürich, gewinnen können, eine Masterprojektarbeit zu diesem Thema abzulegen. Frau Dr. Jennifer Firmenich, Mitglied des Expertennetzwerks des Vereins, hat die Studentin bei ihrer Arbeit begleitet. Die Resultate werden auf der Wissensplattform veröffentlicht.

### Empfang einer Besuchergruppe aus der Mongolei

Über die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA erreichte den Verein eine Anfrage der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Dabei ging es um den Besuch einer Delegation aus der Mongolei, welche zu den Themen direkte Demokratie und fiskalische Dezentralisierung durch Deutschland und die Schweiz reiste. Die Besucher interessierten sich speziell für das PPP-Pilotprojekt in Burgdorf. Die Geschäftsstelle vermittelte eine Präsentation durch Frau Doris Haldner als ehemalige Kantonsbaumeisterin, durch den Gründungspräsidenten des Vereins alt Ständerat Prof. Dr. Thomas Pfisterer und eine Führung durch das Zentrum unter der Leitung von Adrian Müller, Leiter der Hälgi Facility Management AG Burgdorf.



## 2.6. Wissenschaftliche Arbeiten

Das PPP-Modell stand im Mittelpunkt verschiedener Diplom- und Masterarbeiten:

Name	Vorname	Hochschule	Stufe	Thema/Titel	Abschluss
Firmenich	Jennifer	ETH Zürich	Doktorarbeit	Rationale Risikoallokation und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit für PPP-Projekte im Hochbau	2014
Bürgi Tschan	Doris	Fernfachhochschule Schweiz	Doktorarbeit	PPP – Ein Problemlösungsansatz für den Tierschutzvollzug	2014
Weissenböck	Stefan	ETH Zürich	Doktorarbeit	Portfoliobasiertes, quantitativ-rationales PPP-Projektselektionsmodell für Bauunternehmen	2015
Barben Schönholzer	Stefanie Sabine	Hochschule Luzern	Masterarbeit	Public Private Partnership – eine Betrachtung aus kultureller Sicht	2015
Varonier	Stefan	Uni Bern	Masterarbeit Executive MPA	Mögliche Kooperationsformen der staatlichen Leistungserbringung im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)	2015

Das Interesse am PPP-Modell hat sich 2015 weiter in einer respektablen Zahl von Anfragen für die Unterstützung studentischer Arbeiten niedergeschlagen.

Das PPP-Modell wurde zudem von Professor Andreas Lienhard und Dr. Urs Bolz in folgenden beiden Studiengängen des Kompetenzzentrums für Public Management (kpm) der Universität Bern vermittelt:

- Executive Master of Public Administration (MPA)
- Certificate of Advanced Studies in Public Administration (CAS)

### 3. Weitere Aktivitäten des Vereins

#### 3.1. Referate und Beiträge anlässlich der Generalversammlungen im Frühjahr und Herbst

Existieren interessierte **institutionelle Anleger** für Investments in partnerschaftlich realisierte Infrastrukturen? Dieser Frage widmete sich der Verein im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung im Anschluss an seine Generalversammlung im Mai in Bern. Dabei stellte sich heraus, dass Schweizer Investoren durchaus bereit wären, in nach dem PPP-Modell realisierte Infrastrukturen zu investieren. Derzeit fehlt es in der Schweiz allerdings (noch) an geeigneten Vorhaben. Der Verein rief die Verwaltungen deshalb dazu auf, PPP als Realisierungsvariante bei grösseren Investitionen immer mit zu prüfen. Gleichzeitig forderte er Verwaltungen ebenso wie Anleger auf, aufeinander zuzugehen, sich vermehrt mit dem PPP-Modell auseinanderzusetzen und gemeinsam nach sinnvollen Lösungen zu suchen.

Nach Niklaus Scheerer, Direktor im Corporate und Institutional Banking bei der UBS und Vizepräsident des Vereins, sind vermehrte öffentlich-private Kooperationen für die Realisierung von Infrastrukturvorhaben auch in unserem Land sinnvoll, zumal in den kommenden Jahren etliche milliardenteure Investitionen in den Infrastrukturbereichen Bildung, Energieversorgung, Freizeit, Gesundheitswesen und Verkehr anstehen.

Gemäss Peter Giger, Vizedirektor und Leiter des Geschäftsbereichs Versicherungen bei der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA, ist es für Versicherer bereits heute möglich, direkt oder indirekt in Infrastrukturen auch in der Schweiz zu investieren. Leider fehlt es aber nach den Erfahrungen der FINMA an geeigneten Vorhaben, da die öffentliche Hand Vorhaben in der Regel günstiger direkt finanzieren kann.

Wie Christoph Manser, Leiter Infrastrukturinvestitionen bei der Swiss Life Asset Managers darlegte, stellen Infrastrukturanlagen aufgrund ihrer stabilen und langlaufenden Erträge und ihrem relativ niedrigen Risikoprofil eine attraktive Anlageklasse dar. Öffentlich-private Partnerschaften nach dem PPP-Modell würden für institutionelle Investoren attraktive Voraussetzungen mitbringen, um sich an Projekten der öffentlichen Hand zu beteiligen. Für Investoren ist es aus seiner Sicht wichtig, über entsprechende eigene Ressourcen und das entsprechende Fachwissen in den eigenen Reihen zu verfügen, um derartige Investitionen zum Erfolg zu führen.

Auch gemäss Kaspar Hohler, Fachjournalist und Chefredaktor der Fachmagazine „Schweizer Personalvorsorge“ und „Schweizer Sozialversicherung“, möchten Pensionskassen gerne vermehrt in hiesige Infrastrukturen investieren. Leider fehlt es auch nach seiner Einschätzung an geeigneten Vorhaben und Investitionsmöglichkeiten. Hindernisse für derartige Investments bilden überdies regulatorische Vorschriften und fehlende Spezialkenntnisse in der Anwendung und Umsetzung von PPP-Modellen.

Wie Ständerat Hans Stöckli, Vizepräsident der Geschäftsprüfungskommission der Eidgenössischen Räte und Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit darlegte, war der Bund bislang in der Lage, Infrastrukturen selber und verhältnismässig günstig zu finanzieren. Er bezweifelte, ob dies auch in Zukunft immer möglich sei, und stufte daher partnerschaftlich realisierte Infrastrukturen für den Staat und institutionelle Anleger als prüfungswerte Alternative ein. Allerdings müssten nach seiner Einschätzung derartige Modelle transparent gemacht werden; sie dürften darüber hinaus nicht dazu missbraucht werden, um Schuldenbremsen oder andere Vorgaben zu umgehen und dürften den Handlungsspielraum künftiger Regierungen nicht schmälern.

Das **PPP-Pilotprojekt Neumatt Burgdorf** hat sich nach den Erfahrungen aus den ersten drei Betriebsjahren gemäss einer Studie des Vereins bestens bewährt. Anlässlich einer öffentlichen Informationsveranstaltung im Anschluss die Generalversammlung im November in Bern hielt der Projektleiter dieser Studie, Dr. Urs Bolz fest, dass die Startphase im PPP-Projekt Neumatt sehr erfolgreich und nach Plan verlaufen sei.

David Wüest-Rudin, Co-Autor der Studie, ergänzte, dass es weder Baukostenüberschreitungen noch finanzielle Nachträge für den Kanton, noch relevante betriebliche Probleme gegeben habe. „Die wirtschaftlichen Ziele sind für beide Partner ebenfalls im Plan und alle Beteiligten, insbesondere die Nutzer, sind hoch zufrieden.“

Auch Doris Haldner, zur Zeit der Realisierung des kantonalen Verwaltungszentrums Neumatt Kantonsbaumeisterin des Kantons Bern und heutige Vorsitzende der Vertragskommission, stellte Neumatt ein gutes Zeugnis aus. Sie betonte, dank der alltagstauglichen Verträge und der täglichen Arbeit der öffentlichen und privaten Partner, die eine umsichtige, konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit pflegten, seien die Chancen des PPP-Modells wahrgenommen. „Das Burgdorfer Neumatt-PPP-Modell wird von allen Beteiligten gelebt und der Kanton kann die vielen finanziellen und personellen Vorteile voll ausnützen.“

Ralf Nagengast von der BAM PPP Deutschland GmbH, welche zusammen mit der Marti Holding AG die Zeughaus PPP AG als Vertragspartnerin des Kantons Bern gründete, sieht als wichtigsten Erfolgsfaktor die „anspruchsvolle und anstrengende Detailarbeit während der Projektvorbereitung und des Vergabeverfahrens.“ So wurden potenzielle Problemfelder frühzeitig identifiziert, diskutiert und schliesslich jeweils sachgerechten Risiko-Allokationen zugeführt und frühzeitig geregelt. Den wesentlichen Unterschied zu konventionellen Projekten sieht Ralf Nagengast im „konsequenten Lebenszyklusansatz und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Gesamt-optimierung von Bau und Betrieb“.

Anton Luginbühl, Abteilungsleiter Immobilienbetrieb im Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) des Kantons Bern, sieht alle Erwartungen erfüllt: „Wir vom Kanton sind als Auftraggeber und Vertragspartner sehr zufrieden. Die Partnerschaft wird gelebt, die Rollen werden von allen Beteiligten kompetent wahrgenommen.“ Unter Einbezug und Mitwirkung der Betreiber sei eine hohe Bauqualität mit ausgereiften technischen Lösungen in vielen Details entstanden. Aus seiner Sicht läuft der Betrieb absolut reibungslos.

Annemarie Daepf, Vorsteherin des heute in der Neumatt angesiedelten Kreises Emmental-Oberaargau der Steuerverwaltung des Kantons Bern, sieht den Erfolg des Projekts darin begründet, dass der Kanton „gezwungen war, noch vor dem Bau unseren Betrieb im neuen Gebäude im Detail zu konzipieren und durchzudenken. Dies ist ein grosser Vorteil und auch für <konventionelle> Projekte zu empfehlen.“

Remo Leibundgut, leitender Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Emmental-Oberaargau, würde „ein PPP jederzeit weiterempfehlen, zumindest, dass jeweils ein solches geprüft wird.“ Entscheidend war für ihn, dass sich die Nutzer auch des in der Anlage integrierten Bezirksgefängnisses schon in der Offertphase einbringen konnten. Die Vorurteile gegenüber PPP haben sich nach seinem Dafürhalten klar nicht bestätigt.

Lorenz Bösch, Präsident des Vereins, unterstrich, dass Neumatt zeige, dass das PPP-Modell auch in der Schweiz erfolgreich eingesetzt werden könne. Daher sei es sinnvoll, PPP als Realisierungsvariante bei grösseren Investitionen immer mit zu prüfen. PPP ist das einzige Modell, das konsequent die Lebenszykluskostenbetrachtung integriert und zu deren Optimierung auch finanzielle Anreize schafft.

Die Betriebserfahrungen von „Neumatt“ sind in eine Broschüre geflossen, die sich an Interessenten richtet; dieselbe Zielgruppe hat auch ein Video im Auge, das das PPP-Modell erklärt, die Entstehung von Neumatt Revue passieren lässt und die Betriebserfahrungen festhält. Diese sind auch Gegenstand einer Chartpräsentation, die PPP-Experten gerne präsentieren. Die Folgerungen, die aus der ersten Betriebsphase abgeleitet werden können, stehen im Mittelpunkt des Praxisleitfadens Hochbau, der 2016 ergänzt und leicht überarbeitet erscheinen wird.

### 3.2. Ausbau und Pflege der PPP-Wissensplattform

Die Präsenz des Vereins im Internet ist nach wie vor die wichtigste erste Anlaufstelle für Interessenten am PPP-Modell in der Schweiz. Die Geschäftsstelle und speziell Webcontent-Manager Lukas Langhart bemühten sich, das Interesse unserer Internetbesucher mit aktuellen Nachrichten im Umfeld von öffentlich-privaten Partnerschaften hoch zu halten. Gleichzeitig galt es, auf interessante Veranstaltungen im In- und Ausland hinzuweisen und auf Anlässe des Vereins aufmerksam zu machen. Zum erweiterten Tagesgeschäft gehört es, bestehende PPP-Projekte zu aktualisieren, neue Vorhaben zu portraituren, auf Veränderungen im PPP-Umfeld aufmerksam zu machen und neue Fachbeiträge zu verarbeiten.

Dieser Teilbereich der Arbeit des Vereins wäre angesichts der rückläufigen Mitgliederbeiträge ohne Sponsoren in dieser Form nicht mehr zu leisten. Der Verein dankt daher erneut den Sponsoren HRS Real Estate AG ([www.hrs.ch](http://www.hrs.ch)) und Hirslanden AG ([www.hirslanden.ch](http://www.hirslanden.ch)) für ihre ausserordentlich wertvolle Unterstützung der Wissensplattform.



Der Verein würde sich sehr freuen, wenn weitere Sponsoren für eine Unterstützung der gemeinsamen Sache gewonnen werden könnten. Die Geschäftsstelle steht Interessenten gerne mit Informationen zur Verfügung.

### 3.3. Newsletter

Mit sechs Ausgaben des elektronischen Newsletters orientierte der Verein die Mitglieder des Vereins und gegen 2'800 Schlüsselpersonen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft über wichtige und aktuelle Veränderungen im Umfeld des PPP-Modells und des Vereins. Die Reaktionen zeigen, dass diese Dienstleistung sich sehr gut etabliert hat und weiterhin geschätzt wird.

### 3.4. Anfragen an den Verein

Das Interesse am PPP-Modell hat sich 2015 in einer anhaltend hohen Zahl von Anfragen aus dem In- und Ausland nach Informationen zum PPP-Modell und nach inhaltlicher Unterstützung niedergeschlagen. Hier ein Ausschnitt aus diesen Anfragen:

Wer	Anliegen
Verwaltungsrat aus der Region Solothurn	Anfrage nach Initialgespräch für PPP-Projekt; Erstberatung ausstehend
Grossbank	Anfrage betreffend gesetzgeberischer Handlungsbedarf; beantwortet durch Dr. Urs Bolz
Raiffeisenbank	Initialgespräch für PPP-Projekt gesucht; Beratung durch Experte
HELM AG	Anfrage nach Finanzierungs- und Promotionspartner für Projekt „Kompetenz 45 plus“; Beratung durch Geschäftsstelle
Thurvita AG	Anfrage, ob sich PPP für die Weiterentwicklung ihrer Dienstleistungen eignet; Beratung durch Präsident und Geschäftsstelle
j-eff-Jugendarbeit	Anfrage für privates Dienstleistungsangebot im Bereich Jugendarbeit für Gemeinden der Ostschweiz; beantwortet durch Experte im Vorstand

ImmobUnt GmbH	Anfrage nach Investor für Projekt im Raum Interlaken; an Vorstandsmitglied und Mitglied der Fachgruppe Finanzen verwiesen
Baudirektion Kanton Genf	Anfrage nach Vertretern des Vereins an Präsentation einer Studie zu den juristischen und finanziellen Aspekten der grande Traversée du Lac; beantwortet durch Geschäftsstelle
Forum ONU	Anfrage nach Partnerschaft für PPP-Veranstaltung in Annemasse; auf Wissensplattform aufgeschaltet und unter Westschweizer Experten des Vereins verbreitet
UNECE	Anfrage nach Mitwirkung bei der Entwicklung internationaler PPP-Standards; beantwortet durch Geschäftsstelle
MINT-Gymnasien	Anfrage, ob PPP sich für neue Mathematik-Lehrmittel an den Gymnasien eignet; beantwortet durch Geschäftsstelle
Università della Svizzera italiana, Lugano	Anfrage betreffend Vorschriften zu Mindest-Aktienkapital für PPP im Gesundheits- und Sozialwesen; beantwortet durch Mitglieder des Experten-netzwerks
Hochschule München	Anfrage, ob Bergbahnen nach dem PPP-Modell in der Schweiz realisiert wurden; beantwortet durch Geschäftsstelle
Universität Ibn Zohr, Agadir	Anfrage nach Möglichkeit eines PPP-Stages; an Partnerorganisation ÖPP Deutschland verwiesen
Technologiezentrum Sofia	Anfrage nach Erfahrungswerten für PPP-Projekt an der unteren Donau mit 12 Brücken; an Partnerorganisation ÖPP Deutschland verwiesen
Diverse Hochschulen und Universitäten im In- und Ausland	Anfragen für Praktika, Kooperationen bei Veranstaltungen, Kontaktdaten Experten für Masterarbeit, Fragebogen für Studien, Angaben zu Publikationen, Fach- und Verständnisfragen usw.

Der Verein dankt den Vorstandsmitgliedern und PPP-Experten herzlich, die sich für die Beantwortung der Fachfragen zur Verfügung gestellt haben.

### 3.5. PPP in den Medien

Als Teil der Medienarbeit betrieb die Geschäftsstelle weiterhin ein nationales PPP-Issues-Management, das sich primär auf Veröffentlichungen im Internet und auf Berichte in den Printmedien abstützte. Diese Arbeit verfolgte das Ziel, offene Fragen und Themen frühzeitig zu erkennen und Trends und Erwartungen zu entsprechen. Im Zug dieser Arbeit wurden 2015 über 3'500 Beiträge gesichtet und inhaltlich auf die Relevanz für die Vereinstätigkeit analysiert. Daraus resultierten rund 180 Meldungen, die an Experten oder Mandatsträger weitergeleitet wurden oder deren Inhalt in die Wissensplattform im Internet einfluss.

Im vergangenen Jahr richtete der Verein folgende Beiträge an die Medien oder wirkte bei folgenden Berichten aktiv mit:

Datum	Thema
24.04.2015	Medienmitteilung des Vereins „Innovationspark mit Modellcharakter für öffentlich-private Partnerschaft“ d / f, erschienen in verschiedenen Fachpublikationen
11.05.2015	Informationsanlass „PPP als Option für institutionelle Anleger und zur Rentenabsicherung?“. Ein Journalist der Tamedia-Gruppe nimmt teil
21.05.2015	Medienmitteilung des Vereins „Anleger für Investments in partnerschaftlich realisierte Infrastrukturen bereit“ d/f, erschienen in Fachpublikationen

28.08.2015	Die Regionalzeitung „La Liberté“ portraitiert das PPP-Projekt Sports en Gruyère und das PPP-Modell
12.11.2015	Die „Tribune de Genève“ orientiert über die Genehmigung eines PPP-Modells für die geplante Querung des Genfersees durch den Genfer Regierungsrat
26.11.2015	Medienmitteilung d/f zur Betriebsbilanz des PPP-Pilotprojekts Neumatt, Burgdorf“, erschienen in allen Ausgaben der Berner Zeitung, in Lokal- und Regionalblättern und in verschiedenen Fachpublikationen

Darüber hinaus standen die Vorstandsmitglieder und die Geschäftsstelle Journalisten und Medienschaffenden mit Informationen und der Beantwortung von Fragen zu öffentlich-privaten Partnerschaften und zum PPP-Modell mehrfach zur Seite.

Auch Exponenten des Vereins waren publizistisch aktiv:

Autor	Beitrag	Erscheinung
Dr. Urs Bolz	Interview Fachmagazin Schweizer Personalvorsorge	Ausgabe 2 / 2015
Michael Zilkens	Portrait unter dem Titel „Forst und Waldwege im Fokus; das PPP-Modell für den Bau und Unterhalt von Güterstrassen“ in der Schweizer Bauernzeitung	22.02.2015
Lorenz Bösch	Interview für einen Artikel in der „Schweizer Gemeinde“ unter dem Titel „Neue Wege für komplexe Projekte“	15.02.2016

### 3.6. Referate zu PPP

Armin Haymoz, Leiter Public & NPO Schweiz bei KPMG und Mitglied des Expertennetzwerks des Vereins, hat den Verein am 10. EU-Symposium vom 22. Januar 2015 in der Hessischen Landesvertretung in Berlin vertreten. Organisiert von den TUs Braunschweig, Bergakademie Freiberg und Berlin referierten Experten nationaler und internationaler Institutionen, der öffentlichen Hand, Unternehmen, Banken und Kanzleien über ihre Erfahrungen sowie aktuelle Trends und Entwicklungen sowohl im Immobilien- als auch im Infrastrukturbereich.

Über die Referate von Lorenz Bösch und Dr. Urs Bolz an einem internen Seminar der Eidgenössischen Finanzkontrolle wurde bereits unter 2.1. berichtet.

### 3.7. Kooperationen des Vereins

Die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule ETH in Zürich und mit dem Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, die beide Repräsentanten in den Vereinsvorstand abstellten, wurde auch 2015 fortgeführt. Aber auch der Austausch mit der Berner Fachhochschule, mit dem Dachverband der Schweizer Wirtschaft *economiesuisse*, mit der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften, mit dem deutschen Verein PPP in Hessen e.V., mit dem Bundesverband Public Private Partnership e.V. in Hamburg und neu mit dem Forum „Bau und Wissen“ trugen mit wertvollen Anregungen und Informationen zur Verbreiterung des Wissens über das PPP-Modell bei. Sie alle sind für den Verein weiterhin wichtige Informationsquellen, denen an dieser Stelle herzlich für den Informationsaustausch gedankt sei.

## **4. Mitglieder und Finanzen**

### 4.1. Mitgliederwesen, Mitgliederwerbung

Im Jahr 2015 sind die BAM Suisse AG, Basel, die Gemeinde Ollon, die Quaero Capital SA, Genf, die Sammelstiftung Coopera, Ittigen, die Schweizer Mobiliar, Bern, und die Viasuisse AG, Biel dem Verein beigetreten.

Dagegen stehen die Austritte von der Faithful + Gould AG, der Roschi, Rohde + Schwarz AG, der armasuisse und zweier Einzelpersonen. Alle Austritte schwächen die Basis des PPP-Modells in der Schweiz, jener der armasuisse aber wiegt doppelt schwer: Sie bzw. das VBS waren Gründungsmitglied und vertraten den Bund in den Reihen des Vereins, der Rüstungschef amtierte gleichzeitig als Quästor des Vereins.

Trotzdem hat die Mitgliederzahl des Vereins per Ende 2015 neu 96 Mitglieder (2014: 95) erreicht. Die Mitgliederwerbung des Vereins vermochte die Zahl der Mitglieder erneut konstant zu halten und wird fortgeführt.

### 4.2. Finanzen

Die Jahresrechnung 2015 des Vereins schliesst trotz konsequentem Sparkurs mit einem Verlust von Fr. 19'957.75 (Vorjahr - Fr. 9'862.00) bei einem um Fr. 21'459 tieferen Totalertrag (inkl. Finanzertrag) von Fr. 284'818 (Vorjahr Fr. 306'277). Trotz leicht erhöhter Mitgliederzahl blieben die Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen gegenüber dem Vorjahr um rund Fr. 16'000 zurück. Eine bedeutende Ausgabenposition bildete die Aufarbeitung der Betriebserfahrungen von „Neumatt“, die der Verein ohne fremde finanzielle Hilfe bewältigte.

Der Totalaufwand für die allgemeine Vereinstätigkeit (inkl. Finanzaufwand) wurde im Angesicht der rückläufigen Mitgliederbeiträge von Fr. 302'146 im Vorjahr auf Fr. 227'840 reduziert, trotzdem liess sich ein erneutes Defizit nicht vermeiden.

Das Vereinsvermögen beläuft sich per 31.12.2015 neu auf Fr. 57'916 (Vorjahr Fr. 77'874).

## 5. Organe des Vereins, Experten und Fachgruppen

### Vorstand

Lorenz Bösch Präsident	Unternehmensberater, Mitglied der Geschäftsleitung der BHP-Hanser und Partner AG, Zürich; vormals Baudirektor des Kantons Schwyz
Niklaus Scheerer, Vizepräsident	Financial Consultant, Zürich
Martin Sonderegger Quästor (Rücktritt per 26.11.15)	Rüstungschef, Leiter Departementsbereich armasuisse im VBS, Bern
Bryan T. Adey	Lehrstuhl für Infrastrukturmanagement am Institut für Bau- und Infrastrukturmanagement der ETH Zürich, Prof. Dr.
Dieter Bambauer	Mitglied der Konzernleitung der Schweizerischen Post und Leiter PostLogistics, Bern, Dr.
Jakob Baumann	CEO und Delegierter des Verwaltungsrates der Kriss Group SA, Nyon
Urs Bolz	Unternehmensberater, Inhaber der bolz+partner consulting ag, Bern, Dr.
Stefan Bingisser (Quästor ab 26.11.2015)	Managing Director, Wealth Management & Swiss Bank der UBS AG, Zürich
Jean-Hugues Busslinger	Direktor, Leiter politische Abteilung Centre Patronal, Paudex
Urs Gasche	Nationalrat, Verwaltungsratspräsident der BKW FMB Energie AG, Bern
Tobiolo Gianella (ab 26.11.2015)	Treuhänder, Rechnungsprüfer bei der Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Jacky Gillmann	Verwaltungsratspräsident der Losinger-Marazzi AG, Bern
Guido Grütter	Gemeindeammann, Politische Gemeinde Münchwilen
Doris Haldner	Vorsitzende der Vertragskommission kantonales Verwaltungszentrum Neumatt Burgdorf; vormals Kantonsbaumeisterin des Kantons Bern, Hettiswil
Andreas Lienhard	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Hansruedi Müller	CEO der Grisard-Gruppe AG, Basel
Sven Rump (ab 26.11.2015)	Bereichsleiter Asset Management der Mobiliar Asset Management AG, Bern
Kurt Signer	Generalsekretär des Baudepartements des Kantons St. Gallen
Hans Stöckli	Ständerat Kanton Bern, Biel
Ehrenmitglied	Thomas Pfisterer, Gründungspräsident, Prof. Dr., alt Ständerat



### **Kontrollorgan des Vereins (Revisionsstelle)**

Daniel Dubois	Betriebswirtschafter HSG, Leiter der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt, lic. oec.
Christian Meier	Betriebswirtschafter HSG, stv. Finanzchef und Controller der Stadt Thun, lic. oec.

### **Geschäftsstelle**

Heinz Gut Geschäftsführer	Geschäftsführender Partner, Heinz Gut & Partner AG, Zürich
------------------------------	------------------------------------------------------------

### **Expertennetzwerk**

Urs Bolz Präsident	Unternehmensberater, Inhaber der bolz+partner consulting ag, Bern, Dr.
Andreas Lienhard Vizepräsident	Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Geschäftsführender Direktor Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern, Prof. Dr.
Andreas Abegg	Partner der A M T Rechtsanwälte, Zürich, Prof. Dr.
Serge Y. Bodart	Consultant Engineer, IPD – Infrastructure Project Development, Genf
Marc Cummins	Generalsekretär der Baudirektion des Kantons Zürich, Dr.
Christian Elsener	Direktor der PricewaterhouseCoopers AG, Bern
Jennifer Firmenich	Senior Consultant Real Estate Advisory der PricewaterhouseCoopers AG, Bern, Dr.
Tobiolo Gianella	Ragim Fiduciaria SA, Lugano und wissenschaftlicher Mitarbeiter wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Università della Svizzera italiana, Lugano, Dr.
Guido Grütter	Gemeindeammann, Politische Gemeinde Münchwilen
Doris Haldner	Vorsitzende der Vertragskommission kantonales Verwaltungszentrum Neumatt Burgdorf; vormals Kantonsbaumeisterin des Kantons Bern, Hettiswil
Armin Haymoz	Leiter Public Sektor und NPO der KPMG AG, Gümligen
Claude Jeanrenaud	Nationalökonom, Professor Institut de recherches économiques der Université de Neuchâtel, Prof. Dr.
Ansgar Kauf	Senior Expert in PPPs for Roads & Transport, Genf
Ulrich Keusen	Partner der Bratschi Wiederkehr & Buob AG, Bern
Romeo Minini	Advokatur Minini, Zürich
Hansruedi Müller	CEO der Grisard-Gruppe AG, Basel
Heinz Müller	Vormals Direktor der Berner Fachhochschule Architektur, Holz und Bau, Burgdorf, Prof.
Thomas Müller-Tschumi	Rechtsanwalt bei Walder Wyss AG, Zürich, Dr.

Michael Schultze-Rhonhof	Geschäftsführer der DKC Deka Kommunal Consult GmbH, Düsseldorf
Stefan Weissenböck	Vormals wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Bau- und Infrastrukturmanagement, ETH Zürich
Thomas Wilhelm	Leiter Akquisition der Marti Generalunternehmung AG, Bern
Michael Zilkens	Dipl. Ing. RWTH/SIA, Dipl. Kfm., Dipl. Volkswirt, Luzern

### Fachgruppen

<i>Fachbereich / Fachgruppe</i>	<i>Präsident, verantwortlicher Leiter</i>	<i>Zuständiges Mitglied Vorstand/Expertennetzwerk</i>
Bau ( <i>derzeit inaktiv</i> )	Hansruedi Müller	Prof. Dr. Gerhard Girmscheid
Dienstleistungen ( <i>derzeit inaktiv</i> )	vakant	Dr. Urs Bolz, Prof. Dr. Claude Jeanrenaud
Finanzen ( <i>derzeit inaktiv</i> )	vakant	Niklaus Scheerer
Verkehr ( <i>derzeit inaktiv</i> )	Thomas Kieliger, Dipl. Bauing. ETH, Partner Kieliger Gregorini, Wollerau	Guido Grütter

### Mitglieder der Fachgruppen

#### Dienstleistungen

Thomas Walter Wälchli      Leiter Konzeption Kundenlogistik der PostLogistics AG, Bern

#### Gesundheitswesen

Lars Baacke      BEG & Partners AG, Schaffhausen, Dr.

Daniel Domeisen      Ressortleiter Betriebswirtschaft und Recht der CURAVIVA Verband Heime und Institutionen Schweiz, Bern

Jürg Th. Gasser      CEO der MediService AG, Zuchwil, Dr.

Jörg Huber      Leiter Orthopädie des Stadtsitals Triemli, Zürich, Dr.

Urs Karli      CEO der AndreasKlinik Hirslanden Cham Zug, Cham, Dr.

Peter Wiedersheim      Geschäftsleiter der Ärztesgesellschaft Kanton St. Gallen, St. Gallen, Dr.

#### Verkehr/Infrastrukturen

Serge Y. Bodart      Consultant Engineer, IPD – Infrastructure Project Development, Genf

Christian Elsener      Direktor der PricewaterhouseCoopers AG, Bern

Guido Grütter      Gemeindeammann, Politische Gemeinde Münchwilen

Heinz Gut      Geschäftsführender Partner der Heinz Gut & Partner AG, Zürich

Ansgar Kauf      Senior Expert in PPPs for Roads & Transport, Genf

Thomas Kieliger

Partner und Inhaber der Kieliger & Gregorini AG, Wollerau

Frédéric Mohr

Leiter Consulting der Pöyry Schweiz AG, Zürich, Bauing. MBA

Hansruedi Müller

CEO der Grisard-Gruppe AG, Basel

Stefan Suter

Partner der Ecoplan AG, Bern

Michael Zilkens

Dipl. Ing. RWTH/SIA, Dipl. Kfm., Dipl. Volkswirt, Luzern

## 6. Berichte aus dem Expertennetzwerk und den Fachgruppen

### Expertennetzwerk

Die Mitglieder des Expertennetzwerks haben sich 2015 unter der Leitung von Dr. Urs Bolz wiederum für zwei Meetings getroffen und aktuelle Informationen ausgetauscht.

An der Zusammenkunft vom 7. Mai 2015 bildete die Revision des 2011 erschienenen „PPP Praxisleitfaden Hochbau“ das Schwerpunktgeschäft. Dabei standen insbesondere die Leitsätze und die sie begründenden Texte im Mittelpunkt einer ersten eingehenden Diskussionsrunde. Es galt, die praktischen Erfahrungen aus den ersten drei Betriebsjahren von „Neumatt“ in Burgdorf zu sammeln, zu analysieren und für künftige Vorhaben auszuwerten. Die Folgerungen aus diesen Erkenntnissen bilden die Substanz der Leitsätze, die künftigen PPP-Vorhaben den Weg ebnen sollen.

Auch die zweite Zusammenkunft am 28. Oktober 2015 widmete sich einerseits dem aktuellen Informationsaustausch, andererseits der Überarbeitung und der aktuellen Ergänzung des Praxisleitfadens. Die Experten waren sich einig, dass sich "Neumatt" als erstes PPP-Projekt nach internationalen Standards bewährt habe und beweise, dass das Modell auch in der Schweiz umgesetzt werden könne. Der überarbeitete Praxisleitfaden wird 2016 erscheinen.

Das Expertennetzwerk war auch 2015 in verschiedensten Formen in die Aus- und Weiterbildung sowie in die Diskussionen um das PPP-Modell in der Schweiz eingebunden. So leistete es erneut einen wertvollen Beitrag zum laufenden Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den PPP-Interessierten aus Politik und Verwaltung, der Privatwirtschaft sowie der Wissenschaft.

### Fachgruppe Dienstleistungen

Das PPP-Modell hat im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen weiter zugelegt und ist in neue Grundkonzepte und Ausschreibungen eingeflossen. Dies bietet Anlass genug für den Verein, die neue Ausgangslage und den sich daraus ergebenden Handlungsbedarf im kommenden Jahr zu hinterfragen.

### Fachgruppe Gesundheitswesen

Die neue Spitalfinanzierung sollte mehr Wettbewerb und höhere Effizienz ins Gesundheitssystem bringen. Doch trotz der ausserordentlich hohen und kostspieligen Spitaldichte in der Schweiz zeichnet sich nach Einschätzung von Prof. Dr. Peter Rohner, Leiter der PPP-Fachgruppe, keine relevante Konsolidierung ab. Im Gegenteil: Der Spitalneu- und -ausbau boomt. Der Grund dafür liegt in marktverzerrenden Subventionen. Die wachsende Kosten- und Qualitätstransparenz und der damit verbundene Wettbewerb hätten zu Strukturveränderungen und -bereinigungen führen und damit öffentlich-privaten Partnerschaften neue Chancen eröffnen sollen. Doch diese Erwartung hat sich trotz verschiedentlichen Anstrengungen nicht erfüllt. Die gewachsenen Strukturen und Prozesse sind eingespielt und lassen auch für die Zukunft keine wesentlichen Veränderungen erwarten. Die Fachgruppe wurde daher zum Jahresende aufgelöst; die Anstrengungen von Prof. Dr. Peter Rohner wurden vom Vorstand bestens verdankt.

### Fachgruppe Verkehr

Im Gegensatz etwa zum benachbarten Ausland sind privat finanzierte oder organisierte Verkehrsinfrastrukturen in der Schweiz politisch unerwünscht. Die Fachgruppe hat daher auch im Berichtsjahr keine Aktivitäten entfaltet, steht jedoch bereit, sobald Handlungsbedarf sichtbar wird.

## 7. Ausblick auf das Jahr 2016

Für 2016 hat sich der Verein trotz finanziellen Einschränkungen wiederum einiges vorgenommen. Im Mittelpunkt steht dabei die Neuauflage der Fachschrift „Praxisleitfaden Hochbau Schweiz“ als Analyse der Erfahrungen mit dem Betrieb des kantonalen Verwaltungszentrums „Neumatt“ in Burgdorf. Wie die bisherige Fachschrift soll auch die aktualisierte und komplettierte Neufassung den Einstieg in künftige PPP-Vorhaben erleichtern und weitere öffentliche Bauherrn ermuntern, das PPP-Modell als Alternative zur herkömmlichen Beschaffung zumindest zu prüfen. Der Verein bemüht sich auch im neuen Vereinsjahr, sich und die öffentliche Präsenz des PPP-Themas weiterhin gut sichtbar zu halten.

Auch für 2016 sind zwei öffentliche Informationsveranstaltungen im Anschluss an die Generalversammlungen des Vereins geplant. Die thematischen Schwergewichte werden rechtzeitig im Internet bekannt gegeben. Bitte reservieren Sie sich die folgenden Daten:

- 13. Mai 2016 in Paudex
- 29. November 2016